Die Vorsitzende übergab Frau Dinstühler das Wort, die nachfolgend über die neusten Entwicklungen hinsichtlich des „Kommunalen Integrationsmanagements“ (KIM) berichtete. Zwar stehe eine offizielle Stellungnahme des Landes NRW weiterhin aus, aufgrund der im Rahmen einer Regionalkonferenz der Hauptverwaltungsbeamtinnen und –beamten weitergegebenen Informationen, an der Ministerin Josefine Paul ebenfalls beteiligt gewesen sei, konnten die betroffenen Stellen jedoch um zwei weitere Jahre verlängert werden. Entsprechende Mittel seien bereits im aktuellen Haushalt eingestellt.

Anmerkung:

Das Schreiben des zuständigen Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen liegt der Verwaltung nun vor und ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.